

Bundespräsident Steinmeier fordert mehr Chancengleichheit

geschrieben von Redakteur | Dezember 1, 2020



Bildungsungerechtigkeit beginne schon in der Kita:

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier beklagt im Bereich Bildung die Chancenungleichheit in Deutschland. Diese beginne bereits in der Kita, sagte Steinmeier bei einer Veranstaltung der Wochenzeitung „Die Zeit“. Die Bundesrepublik habe hier noch Nachholbedarf. Steinmeier verweist in diesem Zusammenhang auf die besondere Lage von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund. Zugleich forderte Steinmeier für ein Umdenken bei der Berufsfindung. Chancengleichheit sei in einer Gesellschaft dann gegeben, wenn es nicht als Unglück gelte, dass Kinder aus Akademikerfamilien eine Berufsausbildung machten. Diese sei heute anspruchsvoll genug, meinte Steinmeier.

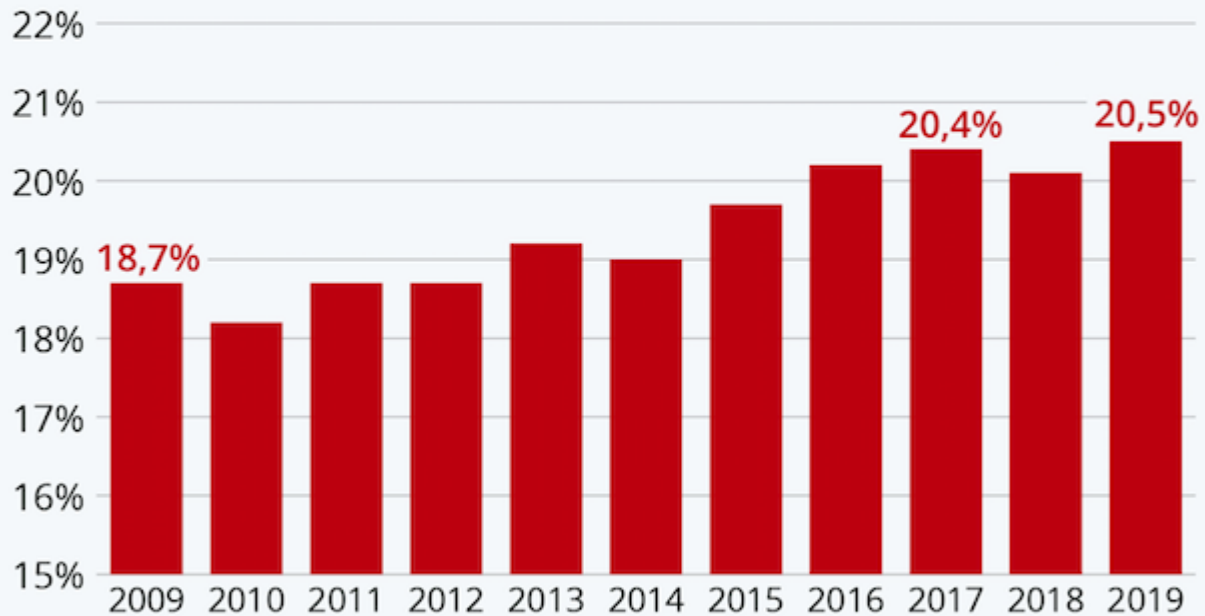
Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V., Deutsche Kinderschutzbund und viele weitere Verbände beklagen diesen Missstand nun schon seit vielen Jahren. Immer wieder fordert sie auch, die Rechte der Kinder im Grundgesetz zu verankern, wozu auch das Recht auf Bildung gehört.

Und in einem irrt unser Bundespräsident doch gewaltig. Die Chancenungleichheit beginnt nicht erst in der Kita, sondern

schon bei der Geburt.

Das Kinderarmutsrisiko ist leicht gestiegen

Anteil der von relativer Einkommensarmut betroffenen Kinder in Deutschland*



* unter 18 Jahren, Armutsgefährdung in Relation zur mittleren Einkommenssituation in Deutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt



statista

Immerhin ist nach der Grafik von Statista mittlerweile mehr als jedes fünfte Kind von Armut bedroht.

Deutsches Kinderhilfswerk:

Hartz-IV-Mithaftung von Kindern komplett abschaffen

geschrieben von Redakteur | Dezember 1, 2020



Nach Schätzungen des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW) sind derzeit 5.000 Kinder und Jugendliche von Hartz-IV-Sanktionen betroffen. Zwar sind das deutlich weniger als im Vorjahr. Dennoch treffen die Betroffenen die Kürzungen besonders hart. Das DKHW fordert deshalb, die Hartz-IV-Mithaftung von Kindern für ihre Eltern zu beenden. Konkret bedeutet dies, die Hartz-IV-Sanktionen für Familien mit Kindern komplett abzuschaffen.

Derzeit sind von den knapp sechs Millionen Menschen in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften rund 32 Prozent Kinder und Jugendliche. „Je länger Kinder in Armut aufwachsen und unter Teilhabe- und Bildungsverlusten leiden, desto weitreichender sind die Langzeitfolgen für ihre Entwicklung und beruflichen Perspektiven. Demgegenüber brauchen wir nicht nur die Ausstattung von Kindern mit dem Allernötigsten, sondern für alle Kinder muss gesellschaftliche Teilhabe ausreichend möglich sein. Kinderarmut darf nicht kleingeredet, sondern sie muss durch konkrete politische Maßnahmen beseitigt werden. Das Deutsche Kinderhilfswerk tritt daher für die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung nach dem Modell des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG ein, die den bestehenden Familienlastenausgleich ablöst, bestehende kindbezogene Leistungen bündelt und das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der

Familie, der Familienform und dem bisherigen Unterstützungssystem bedarfsgerecht gewährleistet.“, heißt es in der Presseerklärung des Hilfswerks. Die Kindergrundsicherung sei eine nachhaltige Lösung, die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen eigenständig und unabhängig von der Hartz-IV-Gesetzgebung absichere.

Quelle: Pressemitteilung DKHW